

Über diese drei zentralen Punkte beim Entlastungspaket muss Scholz nun entscheiden

Stand: 28.08.2022 | Lesedauer: 5 Minuten

Von **Kristian Frigelj, Nikolaus Doll**



Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD, l.), Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne)

Quelle: picture alliance/dpa

Jetzt liegt der Ball bei Olaf Scholz (SPD): Die Vorschläge der Ampel-Fraktionen für das dritte Entlastungspaket liegen nun dem Kanzleramt vor. Die Zeit für eine Entscheidung drängt enorm. Und Robert Habeck (Grüne) müht sich noch mit der „Fehlkonstruktion“ Gasumlage ab.

Das dritte Ampel-Entlastungspaket in der Krise um Preissteigerungen bei Energie und Lebenshaltung soll vor allem Menschen mit geringen und mittleren Einkommen helfen. Den Bundestagsfraktionen von SPD, Grünen und FDP bleibt nur noch wenig Zeit, weil die erste Lesung des Haushaltsentwurfs für 2023 bereits am 5. September ansteht.

Die Papiere werden nach WELT-Informationen seit dem Wochenende im Bundeskanzleramt gesichtet und zusammengeführt. Die drei zentralen Punkte lauten: Gaspreisbremse, Energiepauschale, Abbau der kalten Progression bei der steuerlichen Belastung.

Das oberste Credo, das Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bereits verkündet hat: Die Entlastung solle unmittelbar und sichtbar auf den Konten der Menschen ankommen. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) muss sich parallel um die geplante Gasumlage (<https://welt.de/240706333>) kümmern: Es gibt breite parteiübergreifende Kritik an einer „Fehlkonstruktion“, weil auch Unternehmen, die in der Krise hohe Gewinne erzielen, davon profitieren würden.

Mit der „Gaspreisbremse“ will die SPD einen eingefrorenen vergünstigten Gaspreis durchsetzen, der sich auf 70 Prozent des Vorjahresverbrauchs beziehen könnte. Die Grünen sollen aber skeptisch sein, weil der Ansatz zu undifferenziert sei und nach dem Gießkannenprinzip funktioniere. Zudem werfen die Grünen ein, dass auch die Preissteigerungen für Öl- und Stromkunden zu beachten seien.

SPD-Fraktionsvize Detlef Müller fordert zudem eine Anschlussregelung für das Ende August auslaufende 9-Euro-Ticket (<https://welt.de/240722071>), was auch die Grünen grundsätzlich favorisieren. Die FDP zeigt sich bislang uneins. „Wir wollen ein preisgünstiges Ticket, das bundesweit und möglichst ab 1. Januar gelten soll. Wie preisgünstig, ob 49 oder 59 Euro oder ein anderer Betrag, ist derzeit Gegenstand der Diskussion. Klar ist, dass die Länder die Hälfte der Kosten tragen müssen. Bislang blockieren sie das“, betonte Müller gegenüber WELT.

Die Grünen wollen zudem eine erneute „Energiepauschale“ durchsetzen, die nach ihrer Vorstellung im Idealfall bei 500 Euro läge und damit höher ausfiele als die erste 300-Euro-Pauschale für September. Die neue Pauschale soll demnach insbesondere Bedürftigen, ärmeren Rentnern und Studierenden zugutekommen.

Die FDP wiederum will die kalte Progression abbauen und wirbt für eine nochmals erhöhte Pendlerpauschale. „Um Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen zu entlasten, müssen wir schnellstmöglich die kalte Progression abbauen. Denn Gehaltserhöhungen, die allein die Folgen der Inflation ausgleichen, dürfen nicht zu einer höheren Besteuerung führen“, erklärte FDP-Fraktionsvize Christoph Meyer auf WELT-Anfrage.

Mit dem Inflationsausgleichsgesetz würden 48 Millionen Bürger strukturell entlastet; das wären im Durchschnitt 192 Euro für jeden Einzelnen. 2024 solle die Entlastung von den Wirkungen der Inflation sogar auf rund 18 Milliarden Euro steigen. „Es profitieren

Arbeitnehmerinnen und Geringverdiener, Rentnerinnen und Selbstständige, Studierende mit steuerpflichtigen Nebenjobs und vor allem Familien“, so Meyer.

Was die Opposition fordert

Aus der Opposition kommen ähnliche Forderungen. Unionsfraktionsvize Mathias Middelberg (CDU) betonte, es müssten „vor allem die entlastet werden, die die hohen Energiepreise sonst nicht mehr tragen können. Dabei müssen diesmal auch Rentner und Studierende in den Blick genommen werden, die die Regierung vorher ignoriert hatte.“ Es dürfe aber nicht nur um Empfänger von sozialen Transferleistungen gehen, „sondern vor allem die arbeitende Bevölkerung im unteren und mittleren Einkommensbereich“.

Middelberg fordert zudem eine Entlastung von Berufspendlern – und zwar auch von solchen, die nicht die Möglichkeit hätten, auf den öffentlichen Nahverkehr umzusteigen. Ebenso benötigten energieintensive Betriebe – egal, ob große oder kleine – dringend Entlastung. „Es gibt nicht nur ein Gaspreis-, sondern auch ein Strompreisproblem. Dabei geht es nicht allein um finanzielle, zum Beispiel, steuerliche Entlastungen, sondern auch um strukturelle Änderungen bei den Marktmechanismen“, so Middelberg.

Linke-Fraktionschefin Amira Mohamed Ali monierte, die bisherigen Direktzahlungen seien viel zu niedrig gewesen und insbesondere nicht bei Rentnern sowie Studierenden angekommen. „Die angekündigten Steuererleichterungen der Ampel nützen Geringverdienern nichts, weil sie wenig oder gar keine Steuern bezahlen müssen. So geht es nicht weiter. Das Motto muss jetzt heißen: nicht kleckern, sondern klotzen“, so Ali.

Die Linke schlägt die Zahlung eines „Wintergeldes“ in Höhe von 1500 Euro pro Haushalt und 600 Euro für jedes weitere Haushaltsmitglied vor. Es brauche „Hilfen, die die tatsächlichen Mehrkosten abdecken und nicht immer nur Tropfen auf heiße Steine“. Seitens der AfD-Fraktion hieß es, „Entlastungen der Bürger, insbesondere durch massive Steuersenkungen vor allem auf Energieprodukte, sind dringend geboten“.

Berlins Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) will unterdessen bedürftige Bürger mit einem landeseigenen Härtefallfonds in Höhe von mindestens einer Milliarde Euro entlasten. „Wichtig ist, dass wir als Land eine kluge Ergänzung zu den Entlastungspaketen des Bundes entwerfen“, sagte Giffey im WELT-Interview.

Dabei sollten auch die Gruppen berücksichtigt werden, die bisher nicht in ausreichendem Maße profitiert hätten, wie Rentner, Studierende und Geringverdiener. „Wir wollen deshalb Menschen mit unteren und mittleren Einkommen so unterstützen, dass wir zusätzliche Energiekosten mit einem Härtefallfonds abfedern“, so Giffey. Der bestehende Krisenfonds in Höhe von 380 Millionen Euro solle über einen Nachtragshaushalt deutlich aufgestockt werden. „Ich denke, dass wir für unseren Krisenfonds mindestens eine Milliarde Euro benötigen werden.“ Als Orientierung sollen die Einkommensgrenzen für den Wohnberechtigungsschein dienen.

Mit Blick auf den Plan, von Oktober bis Dezember eine einfache Anschlusslösung für das 9-Euro-Ticket in der Bundeshauptstadt einzuführen, sagte Giffey: Der Bund habe zwar für 2023 ein deutschlandweites Nachfolgemodell in Aussicht gestellt. „Um die Berlinerinnen und Berliner aber schon in diesem Herbst und beginnenden Winter zu entlasten, halte ich eine temporäre Berliner Lösung für den richtigen Weg“, sagte Giffey. „Das ist auch ein klares Signal an den Bund, dass da endlich eine Lösung her muss.“

Nach Ansicht von FDP-Bundestagsfraktionsvize Meyer sind die Bundesländer selbstverständlich „gefordert, die aktuellen Herausforderungen finanziell bewältigen zu helfen“. Wenn die Grünen sich einen 9-Euro-Ticket-Nachfolger wünschten, dann müssen sie mit ihren elf Landesregierungseteiligungen entsprechende Haushaltsmittel zur Finanzierung eines 9-Euro-Ticket-Nachfolgers bereitstellen, so Meyer. Denn die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs bleibe originär Ländersache.

„Kick-off Politik“ ist der tägliche Nachrichtenpodcast von WELT. Das wichtigste Thema analysiert von WELT-Redakteuren und die Termine des Tages. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify (<https://open.spotify.com/show/5YJ9twWCs7n3TWY1v9qCND>), Apple Podcasts (<https://podcasts.apple.com/de/podcast/kick-off-politik/id1584780171>), Amazon Music (https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm_sh_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v) oder direkt per RSS-Feed.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/240728537>